

No. 27691

**FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY
and
AUSTRALIA**

**Treaty concerning extradition. Signed at Bonn on 14 April
1987**

Authentic texts: German and English.

Registered by Germany on 7 December 1990.

**RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
et
AUSTRALIE**

Traité d'extradition. Signé à Bonn le 14 avril 1987

Textes authentiques : allemand et anglais.

Enregistré par l'Allemagne le 7 décembre 1990.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

VERTRAG ZWISCHEN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
UND AUSTRALIEN ÜBER DIE AUSLIEFERUNG

Die Bundesrepublik Deutschland

und

Australien –

in dem Wunsch, ihre Beziehungen auf dem Gebiet der Auslieferung zu regeln –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Die Vertragsparteien verpflichten sich, einander nach Maßgabe dieses Vertrags jede Person auszuliefern, die im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien angetroffen und wegen einer im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei begangenen Straftat von einer zuständigen Behörde verfolgt wird oder verurteilt worden ist.

(2) Ist die Straftat außerhalb des Hoheitsgebiets des ersuchenden Staates begangen worden, so bewilligt der ersuchte Staat die Auslieferung nach den Vorschriften dieses Vertrags, wenn eine solche unter gleichartigen Umständen begangene Tat nach seinem Recht geahndet werden könnte.

Artikel 2

(1) Auslieferungsfähige Straftaten im Sinne dieses Vertrags sind Straftaten, die im Zeitpunkt des Auslieferungsersuchens nach dem Recht beider Vertragsparteien mit Freiheitsstrafe oder anderer Freiheitsentziehung im Höchstmaß von mindestens einem Jahr oder mit einer schwereren Strafe bedroht sind. Bezieht sich das Auslieferungsersuchen auf eine wegen einer auslieferungsfähigen Straftat verurteilte Person, die zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder anderen Freiheitsentziehung gesucht wird, so wird die Auslieferung nur bewilligt, wenn noch mindestens sechs Monate einer solchen Strafe zu verbüßen sind oder wenn bei Auslieferung wegen mehr als einer auslieferungsfähigen Straftat zur Vollstreckung von mehr als einem Strafurteil die Summe der noch zu verbüßenden Strafen mindestens sechs Monate beträgt.

(2) Im Rahmen dieses Artikels ist es unerheblich, ob das Recht der Vertragsparteien die Handlungen oder Unterlassungen, die die Tatbestandsmerkmale der Straftat erfüllen, in die gleiche Kategorie einreicht oder die Straftat unter den gleichen Begriff oder unter ähnliche Begriffe faßt

(3) Im Rahmen dieses Artikels wird bei der Bestimmung, ob eine Straftat nach dem Recht beider Vertragsparteien eine Straftat ist, ohne Bezugnahme auf die im Recht des ersuchenden Staates festgelegten Tatbestandsmerkmale der Straftat die Gesamtheit der Handlungen oder Unterlassungen berücksichtigt, die der Person, um deren Auslieferung ersucht wird, zur Last gelegt werden.

Artikel 3

(1) Die Auslieferung wird nicht bewilligt,

- a) wenn die Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, von dem ersuchten Staat als eine Straftat politischen Charakters oder als eine mit einer solchen zusammenhängende Straftat angesehen wird oder
- b) wenn der ersuchte Staat ernstliche Gründe hat anzunehmen, daß das Auslieferungsersuchen gestellt worden ist, um den Verfolgten wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit oder politischen Anschauung zu verfolgen oder zu bestrafen, oder daß der Verfolgte nach seiner Auslieferung wegen seiner Rasse, Religion, Staatsangehörigkeit oder politischen Anschauung in dem Gerichtsverfahren benachteiligt oder bestraft, in Haft gehalten oder in seiner persönlichen Freiheit beschränkt werden könnte.

(2) Im Rahmen dieses Vertrags gilt ein Mord, eine Entführung oder ein anderer schwerer Angriff auf die körperliche Unversehrtheit oder die Freiheit einer Person, zu deren besonderem Schutz die Vertragsparteien oder der ersuchende Staat nach dem Völkerrecht verpflichtet sind, nicht als Straftat im Sinne des Absatzes 1 Buchstabe a.

Artikel 4

(1) Die Auslieferung wird nicht bewilligt,

- a) wenn der Verfolgte wegen der Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, von den zuständigen Behörden des ersuchten Staates bereits freigesprochen oder verurteilt worden ist oder
- b) wenn ein gegen den Verfolgten wegen der Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, eingeleitetes Strafver-

fahren von den zuständigen Behörden des ersuchten Staates endgültig eingestellt worden ist, nachdem der Verfolgte ihm erteilte Auflagen und Weisungen erfüllt hat.

(2) Die Auslieferung kann abgelehnt werden, wenn der Verfolgte wegen der Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, von den zuständigen Behörden eines dritten Staates bereits freigesprochen oder verurteilt worden ist.

(3) Die Auslieferung kann abgelehnt werden, wenn der Verfolgte im ersuchten Staat wegen derselben Straftat verfolgt wird, derentwegen um Auslieferung ersucht wird.

(4) Vorbehaltlich Absatz 1 Buchstabe b steht die Entscheidung der zuständigen Behörden des ersuchten Staates, gegen den Verfolgten wegen einer Straftat kein Strafverfahren einzuleiten oder ein bereits eingeleitetes Strafverfahren einzustellen, der Auslieferung wegen derselben Straftat nicht entgegen.

Artikel 5

(1) Ein Amnestiegesetz des ersuchten Staates steht der Auslieferung eines Verfolgten nicht entgegen, wenn die dem Auslieferungsersuchen zugrunde liegende Straftat nicht der Gerichtsbarkeit dieses Staates unterliegt.

(2) Die Auslieferung wird auch bewilligt, wenn die Strafverfolgung oder die Vollstreckung des Strafurteils nach dem Recht des ersuchten Staates verjährt wäre.

Artikel 6

(1) Die Vertragsparteien sind nicht verpflichtet, ihre eigenen Staatsangehörigen auszuliefern. Die zuständige Verwaltungsbehörde des ersuchten Staates ist gleichwohl berechtigt, die Auslieferung eigener Staatsangehöriger zu bewilligen, wenn dies nach ihrem Ermessen angebracht erscheint und das Recht des ersuchten Staates dem nicht entgegensteht.

(2) Der ersuchte Staat ergreift alle gesetzlich zulässigen Maßnahmen, um ein den Verfolgten betreffendes Einbürgerungsverfahren bis zur Entscheidung über das Auslieferungsersuchen und, falls dem Ersuchen stattgegeben wird, bis zur Übergabe des Verfolgten auszusetzen.

(3) Liefert der ersuchte Staat in einem bestimmten Fall einen eigenen Staatsangehörigen nicht aus, so unterbreitet er auf Begehren des ersuchenden Staates die Gelegenheit seinen zuständigen Behörden, damit gegebenenfalls eine Strafverfolgung durchgeführt werden kann. Fordert der ersuchte Staat

ergänzende Unterlagen oder Beweismittel an, so sind ihm diese kostenlos zu übermitteln. Der ersuchende Staat wird über das Ergebnis seines Begehrens unterrichtet.

Artikel 7

Ist ein Strafantrag des Geschädigten oder eine Ermächtigung zur Strafverfolgung nach dem Recht des ersuchten Staates erforderlich, so wird die Auslieferungspflicht durch das Fehlen eines solchen Antrags oder einer solchen Ermächtigung nicht berührt.

Artikel 8

Ist die Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht wird, nach dem Recht des ersuchenden Staates mit der Todesstrafe bedroht und ist diese in gleichartigen Fällen nach dem Recht des ersuchten Staates nicht zulässig, so kann die Auslieferung abgelehnt werden, sofern nicht der ersuchende Staat eine vom ersuchten Staat als ausreichend erachtete Zusicherung gibt, daß die Todesstrafe nicht verhängt oder, falls sie verhängt wird, nicht vollstreckt werden wird.

Artikel 9

(1) Ein Ersuchen um Auslieferung eines Verfolgten wird schriftlich abgefaßt. Alle zur Begründung eines Auslieferungersuchens übermittelten Schriftstücke sind gehörig zu beglaubigen.

(2) Dem Ersuchen sind beizufügen

- a) alle verfügbaren Angaben über die Identität und die Staatsangehörigkeit des Verfolgten und
- b) der Wortlaut der anwendbaren Gesetzesbestimmungen, falls solche bestehen, betreffend den Straftatbestand oder eine Darstellung des anwendbaren Rechts und in jedem Fall eine Darstellung der Strafdrohung.

(3) Einem Ersuchen um Auslieferung eines Verfolgten zur Strafverfolgung sind außer den in Absatz 2 genannten Unterlagen ein gegen den Verfolgten erlassener Haftbefehl oder eine Abschrift eines solchen Haftbefehls, eine Beschreibung aller Straftaten, derentwegen die Person verfolgt wird, und eine Darstellung der Handlungen oder Unterlassungen, die dem Verfolgten in bezug auf jede dieser Straftaten zur Last gelegt werden, beizufügen.

(4) Einem Ersuchen um Auslieferung eines Verfolgten zur Vollstreckung eines Strafurteils sind außer den in Absatz 2 genannten Unterlagen eine zusammenfassende Darstellung des Sachverhalts, sofern dieser nicht aus den sonstigen Unterlagen hervorgeht, solche Schriftstücke, die den Nachweis für die rechtskräftige

Verurteilung erbringen, sowie eine Erklärung über die sofortige Vollstreckbarkeit und über den Teil des Strafurteils, der noch nicht vollstreckt wurde, beizufügen.

(5) Die Auslieferung eines Verfolgten nach den Bestimmungen dieses Vertrags kann auch bewilligt werden, wenn die Voraussetzungen der Absätze 1 bis 4 nicht erfüllt sind, sofern der Verfolgte sich mit der Anordnung seiner Auslieferung einverstanden erklärt.

Artikel 10

(1) Unterlagen, die nach Artikel 9 einem Auslieferungsersuchen beigelegt sind, werden in jedem Auslieferungsverfahren in dem ersuchten Staat als Beweismittel zugelassen, wenn sie gehörig beglaubigt sind.

(2) Im Sinne dieses Vertrags sind Unterlagen gehörig beglaubigt, wenn sie

- a) von einem Richter, Beamten oder einer zuständigen Behörde des ersuchenden Staates, soweit es sich um Haftbefehle handelt, unterschrieben, in allen anderen Fällen beglaubigt worden sind und
- b) mit dem amtlichen oder öffentlichen Siegel des ersuchenden Staates oder eines Staatsministers, eines Ministeriums oder eines Regierungsbeamten des ersuchenden Staates versehen sind.

Artikel 11

(1) Ist der ersuchte Staat der Ansicht, daß die zur Unterstützung des Auslieferungsersuchens beigebrachten Angaben nicht ausreichen, um den Erfordernissen seines Auslieferungsrechts zu entsprechen, so kann er darum ersuchen, daß innerhalb einer von ihm bestimmten Frist zusätzliche Angaben beigebracht werden.

(2) Ist der Verfolgte in Haft und reichen die vorgenannten zusätzlichen Angaben nicht aus oder gehen sie nicht innerhalb der vom ersuchten Staat gesetzten Frist ein, so ist der Verfolgte freizulassen; jedoch schließt eine solche Freilassung ein späteres Ersuchen wegen derselben Straftat nicht aus.

Artikel 12

(1) In dringenden Fällen kann die vorläufige Festnahme des Verfolgten bis zur Stellung eines Auslieferungsersuchens beantragt werden.

(2) Dem Antrag sind beizufügen

- a) eine Erklärung, daß die Stellung eines Auslieferungsersuchens beabsichtigt ist,
- b) eine Erklärung, daß ein Haftbefehl gegen den Verfolgten wegen einer Straftat erlassen worden ist, derentwegen um seine Auslieferung ersucht werden kann, oder daß der Verfolgte wegen einer solchen Straftat verurteilt worden ist, und
- c) eine Erklärung über die Straftat, derentwegen um Auslieferung ersucht werden wird, die Zeit und den Ort ihrer Begehung und, soweit möglich, die Beschreibung der gesuchten Person.

(3) Ist ein solcher Antrag gestellt worden, so werden im ersuchten Staat alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um die Festnahme des Verfolgten sicherzustellen. Der ersuchende Staat ist unverzüglich über das Ergebnis seines Ersuchens zu unterrichten.

(4) Hat der ersuchte Staat das Ersuchen um Auslieferung des Verfolgten nicht innerhalb von zwei Monaten nach seiner Inhaftnahme erhalten, so kann der Verfolgte freigelassen werden; jedoch steht dieser Absatz der Einleitung weiterer Verfahrensmaßnahmen zum Zwecke der Auslieferung des Verfolgten nicht entgegen.

Artikel 13

Wird wegen derselben oder wegen verschiedener Straftaten von mehreren Staaten zugleich um Auslieferung ersucht, so entscheidet der ersuchte Staat unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der verhältnismäßigen Schwere der Straftaten, des Ortes ihrer Begehung, des Zeitpunkts der Auslieferungsersuchen, der Staatsangehörigkeit des Verfolgten und der Möglichkeit einer späteren Auslieferung an einen anderen Staat.

Artikel 14

(1) Der ersuchte Staat unterrichtet den ersuchenden Staat alsbald von seiner Entscheidung über das Auslieferungsersuchen.

(2) Jede vollständige oder teilweise Ablehnung des Auslieferungsersuchens ist vom ersuchten Staat zu begründen.

Artikel 15

Der ersuchte Staat kann die Auslieferung eines Verfolgten aufschieben, um ihn wegen einer anderen als der dem Ausliefe-

rungersuchen zugrunde liegenden Straftat zu verfolgen oder ein Strafurteil wegen einer solchen Straftat gegen ihn zu vollstrecken; der ersuchende Staat ist hiervon zu unterrichten.

Artikel 16

(1) Wird die Auslieferung eines Verfolgten bewilligt, so wird dieser von den zuständigen Behörden des ersuchten Staates zu einem zwischen diesem und dem ersuchenden Staat vereinbarten Hafen oder Flughafen im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates gebracht.

(2) Der Zeitpunkt der Übergabe eines Verfolgten an den ersuchenden Staat wird zwischen diesem und dem ersuchten Staat in Übereinstimmung mit dem Recht des ersuchten Staates vereinbart

Artikel 17

(1) Soweit das Recht des ersuchten Staates dies zuläßt, werden alle Gegenstände, die als Beweismittel für die der Auslieferung zugrunde liegende Straftat dienen können oder die der Verfolgte mittelbar oder unmittelbar als Ergebnis der Straftat erworben hat, auf Ersuchen des ersuchenden Staates zusammen mit dem Verfolgten bei dessen Übergabe herausgegeben.

(2) Alle herausgegebenen Gegenstände werden nach Abschluß des Verfahrens gegen den Ausgelieferten dem ersuchten Staat kostenlos zurückgegeben, sofern er darum ersucht.

Artikel 18

(1) Vorbehaltlich Absatz 3 darf eine auf Grund dieses Vertrags ausgelieferte Person

- a) in dem ersuchenden Staat wegen einer vor der Auslieferung begangenen Straftat nicht in Haft genommen, vor Gericht gestellt oder irgendeiner anderen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen werden, es sei denn
 - i) wegen der Straftat, derentwegen sie ausgeliefert worden ist, oder wegen einer anderen Straftat, derentwegen sie bei Nachweis der Tatsachen, auf die das Auslieferungersuchen gestützt war, verurteilt werden könnte, oder
 - ii) wegen einer anderen auslieferungsfähigen Straftat, bezüglich deren der ersuchte Staat zugestimmt hat, daß sie in Haft genommen, vor Gericht gestellt oder irgendeiner anderen Beschränkung ihrer persönlichen Freiheit unterworfen wird, oder

- b) in dem ersuchenden Staat nicht zum Zwecke der Weiterlieferung an einen dritten Staat in Haft genommen oder an einen solchen Staat weitergeliefert werden, es sei denn, der ersuchte Staat stimmt dem zu.

(2) Einem Ersuchen um Zustimmung des ersuchten Staates nach diesem Artikel sind die in Artikel 9 genannten einschlägigen Unterlagen beizufügen. Artikel 11 Absatz 1 gilt entsprechend.

(3) Absatz 1 findet keine Anwendung, wenn der Ausgelieferte, obwohl er dazu die Möglichkeit hatte, das Hoheitsgebiet des ersuchenden Staates innerhalb von 45 Tagen nach seiner endgültigen Freilassung nicht verlassen hat oder wenn er nach Verlassung dieses Gebiets dorthin zurückgekehrt ist. Eine bedingte Freilassung ohne eine die Bewegungsfreiheit des Ausgelieferten beeinträchtigende Anordnung steht der endgültigen Freilassung gleich.

Artikel 19

(1) Wenn eine Person

- a) wegen einer Straftat von einem dritten Staat an eine Vertragspartei ausgeliefert und durch das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei durchgeliefert werden soll und
- b) wegen dieser Straftat von der anderen Vertragspartei an die erstgenannte Vertragspartei unter den Voraussetzungen dieses Vertrags ausgeliefert werden könnte.

stimmt die andere Vertragspartei auf Ersuchen der Durchlieferung dieser Person durch ihr Hoheitsgebiet zu.

(2) Einem Durchlieferungsersuchen sind beizufügen

- a) eine gehörig beglaubigte Ausfertigung eines Haftbefehls oder einer Bescheinigung zum Nachweis der Verurteilung des Verfolgtten, die im ersuchenden Staat ausgestellt worden ist, und
- b) soweit diese Unterlagen die Straftat, derentwegen der Verfolgte durchgeliefert werden soll, nicht näher bezeichnen, ein Schriftstück, das die Straftat näher bezeichnet und eine zusammenfassende Sachverhaltsdarstellung enthält.

(3) Die Zustimmung zur Durchlieferung einer Person schließt die Zustimmung ein, daß sie während der Durchlieferung von einer von der Vertragspartei, an die sie ausgeliefert werden soll, bezeichneten Person begleitet wird.

Artikel 20

(1) Wenn

- a) eine Person von einem dritten Staat an eine Vertragspartei ausgeliefert und mit einem Luftfahrzeug ohne Zwischenlandung über das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei befördert werden soll und
- b) die erstgenannte Vertragspartei der Auffassung ist, daß der Durchlieferung dieser Person, falls das Luftfahrzeug in jenem Hoheitsgebiet zwischenlanden würde, nach Artikel 19 zugestimmt werden würde,

zeigt die erstgenannte Vertragspartei der anderen Vertragspartei die beabsichtigte Durchbeförderung an und bestätigt ihr, daß diese nach ihrer Auffassung mit Artikel 19 vereinbar sein würde.

(2) Landet ein Luftfahrzeug, mit dem eine Person auf diese Weise befördert wird, unvorhergesehen im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei, so kann diese der Durchlieferung zustimmen: anderenfalls wird sie den Verfolgten bis zum Eingang eines Artikel 19 entsprechenden Durchlieferungsersuchens in Haft halten.

Artikel 21

(1) Der Schriftwechsel zwischen den Vertragsparteien wird auf dem diplomatischen Weg geführt.

(2) Ein Antrag nach Artikel 12 kann auch durch Vermittlung der Internationalen Kriminalpolizeilichen Organisation (Interpol) gestellt werden.

Artikel 22

Jedem Schriftstück, das von einer Vertragspartei der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit diesem Vertrag übersandt wird und nicht in der Sprache der anderen Vertragspartei gehalten ist, wird eine Übersetzung in diese Sprache beigelegt.

Artikel 23

Kosten, die durch die Beförderung eines Verfolgten in den ersuchenden Staat entstehen, werden von diesem Staat getragen. Andere Kosten, die ein Auslieferungs- oder ein Durchlieferungsersuchen verursacht, werden vom ersuchten Staat gegen den ersuchenden Staat nicht geltend gemacht. Die zuständigen Justizbeamten des Staates, in dem das Auslieferungsverfahren stattfindet, unterstützen im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten den ersuchenden Staat in jeder Weise vor den zuständigen Richtern und Beamten.

Artikel 24

Soweit dieser Vertrag nichts anderes bestimmt, findet auf das Verfahren der vorläufigen Auslieferungshaft, der Auslieferung und der Durchlieferung ausschließlich das Recht des ersuchten Staates Anwendung.

Artikel 25

(1) Im Sinne dieses Vertrags bedeutet eine Bezugnahme auf das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei eine Bezugnahme auf das gesamte ihrer Gerichtsbarkeit unterliegende Hoheitsgebiet.

(2) Im Sinne dieses Vertrags schließt eine Bezugnahme auf das Hoheitsgebiet einer Vertragspartei ferner ihre Hoheitsgewässer, ihren Luftraum sowie die von der zuständigen Behörde dieser Vertragspartei eingetragenen Wasser- und Luftfahrzeuge ein, sofern sich solche Luftfahrzeuge im Flug befinden, während die Straftat begangen wird. Im Sinne dieses Vertrags gilt ein Luftfahrzeug als im Flug befindlich von dem Augenblick an, in dem alle Außentüren nach dem Einsteigen geschlossen worden sind, bis zu dem Augenblick, in dem eine dieser Türen zum Aussteigen geöffnet wird.

Artikel 26

Dieser Vertrag gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung von Australien innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrags eine gegenseitige Erklärung abgibt.

Artikel 27

Dieser Vertrag findet auf vor oder nach seinem Inkrafttreten begangene Straftaten Anwendung.

Artikel 28

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation.

(2) Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Canberra ausgetauscht.

(3) Dieser Vertrag tritt am dreißigsten Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(4) Dieser Vertrag kann jederzeit schriftlich gekündigt werden; er tritt am hundertachtzigsten Tag nach dem Zeitpunkt der Kündigung außer Kraft.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen
gehörig befugten Unterzeichneten diesen Vertrag unterschrieben.

Geschehen zu Bonn am 14. April 1987 in zwei Urschriften, jede
in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut
gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

Dr. JÜRGEN RUHFUS

HANS A. ENGELHARD

Für Australien:

LIONEL BOWEN

TREATY¹ BETWEEN THE FEDERAL REPUBLIC OF GERMANY AND AUSTRALIA CONCERNING EXTRADITION

The Federal Republic of Germany
and
Australia,

Desiring to regulate their relations in the field of extradition.

Have agreed as follows:

Article 1

(1) The Contracting Parties undertake to extradite to each other, subject to the provisions of this Treaty, any person found in the territory of one of the Contracting Parties who is wanted for prosecution by a competent authority for, or has been convicted of, an offence committed within the territory of the other Contracting Party

(2) When the offence has been committed outside the territory of the Requesting State, the Requested State shall grant extradition according to the provisions of this Treaty if its laws would provide for the punishment of such an offence committed in similar circumstances.

Article 2

(1) For the purpose of this Treaty, extraditable offences are offences which are at the time of the request for extradition punishable under the laws of both Contracting Parties by imprisonment or other deprivation of liberty for a maximum period of at least one year or by a more severe penalty. Where the request for extradition relates to a person convicted of an extraditable offence who is wanted for the enforcement of a sentence of imprisonment or other deprivation of liberty, extradition shall be granted only if a period of at least six months of such penalty remains to be served, or if, in respect of more than one extraditable offence where more than one sentence is to be carried out, a period of at least six months of such penalties in the aggregate remains to be served.

¹ Came into force on 1 August 1990, i.e., the thirtieth day following the date of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Canberra on 2 July 1990, in accordance with article 28 (2).

(2) For the purpose of this Article it shall not matter whether the laws of the Contracting Parties place the acts or omissions constituting the offence within the same category of offence or denominate the offence by the same or similar terminology

(3) For the purpose of this Article in determining whether an offence is an offence against the law of both Contracting Parties the totality of the acts or omissions alleged against the person whose surrender is sought shall be taken into account without reference to the elements of the offence prescribed by the law of the Requesting State.

Article 3

(1) Extradition shall not be granted if:

- (a) the offence for which extradition is requested is regarded by the Requested State as an offence of a political character or as an offence connected with an offence of a political character; or
- (b) the Requested State has substantial grounds for believing that the request for extradition has been made for the purpose of prosecuting or punishing the person claimed on account of his race, religion, nationality or political opinions or that he might, if extradited, be prejudiced at his trial, or punished, detained or restricted in his personal liberty, by reason of his race, religion, nationality or political opinions.

(2) For the purpose of this Treaty, a murder, kidnapping or other serious attack upon the person or liberty of a person in relation to whom the Contracting Parties have, or the Requesting State has, a duty according to international law to give special protection shall not be deemed to be an offence within the meaning of paragraph (1) (a).

Article 4

(1) Extradition shall not be granted if:

- (a) the person claimed has already been tried and acquitted or convicted by the competent authorities of the Requested State for the offence in respect of which his extradition is requested; or
- (b) criminal proceedings initiated against the person claimed for the offence in respect of which extradition is requested have been discontinued finally by the competent authorities of the Requested State, the person claimed having complied with the conditions imposed on him.

(2) Extradition may be refused if the person claimed has already been tried and acquitted or convicted by the competent authorities of a third State for the offence in respect of which his extradition is requested.

(3) Extradition may be refused if the person claimed is under examination or trial in the Requested State for the offence in respect of which his extradition is requested.

(4) Subject to paragraph (1) (b), a decision by the competent authorities of the Requested State not to initiate or to stop proceedings against the person claimed in respect of an offence shall not be a reason to refuse extradition in respect of the same offence.

Article 5

(1) An amnesty law of the Requested State shall not preclude the extradition of a person claimed if the offence for which his extradition is requested is not subject to the jurisdiction of that State.

(2) Extradition shall be granted notwithstanding that prosecution for the offence or carrying out of the sentence would be barred by lapse of time according to the law of the Requested State.

Article 6

(1) Neither of the Contracting Parties shall be bound to extradite its own nationals. The competent executive authority of the Requested State, however, shall have the power to grant the extradition of its own nationals if, in its discretion, this is deemed proper to do and provided the law of the Requested State does not so preclude.

(2) The Requested State shall undertake all available legal measures to suspend naturalization proceedings in respect of the person claimed until a decision on the request for his extradition and, if that request is granted, until his surrender.

(3) If in a particular case the Requested State does not extradite its own national it shall, at the request of the Requesting State, submit the case to its competent authorities in order that proceedings may be taken if they are considered appropriate. If the Requested State requires additional documents or evidence, such documents or evidence shall be submitted without charge to that State. The Requesting State shall be informed of the result of its request.

Article 7

If a complaint by or on behalf of the person injured by an offence or an authorization to prosecute is required by the law of the Requested State, the absence of such a complaint or authorization shall not affect the obligation to extradite.

Article 8

If under the law of the Requesting State a person whose extradition is requested is liable to the death penalty for an offence for which his extradition is requested but the law of the Requested State does not provide for the death penalty in a similar case, that State may refuse extradition of the person unless the Requesting State gives such assurances as the Requested State considers sufficient that the death penalty will not be imposed or, if imposed, will not be carried out.

Article 9

(1) A request for the extradition of a person claimed shall be in writing. All documents furnished in support of a request for extradition shall be duly authenticated.

(2) The request shall be accompanied by:

- (a) all available information concerning the identity and nationality of the person claimed: and
- (b) a copy of the relevant provisions of the statute, if any, creating the offence or a statement of the relevant law and in either case a statement of the punishment that can be imposed.

(3) A request for the extradition of a person claimed for the purpose of prosecution shall be accompanied, in addition to the documents provided for in paragraph (2), by a warrant for the arrest, or a copy of the warrant for the arrest of the person claimed, a description of each offence for which the person is claimed, and a statement of the acts or omissions alleged against the person claimed in respect of each such offence.

(4) A request for the extradition of a person claimed for the carrying out of a sentence shall be accompanied, in addition to the documents provided for in paragraph (2), by a summary statement of the facts of the case unless they appear from the other documents, such documents as provide evidence of the final and binding conviction and a statement that the sentence is immediately enforceable and of the extent to which that sentence has not been carried out.

(5) Extradition may be granted of a person claimed pursuant to the provisions of this Treaty notwithstanding that the requirements of the preceding paragraphs of this Article have not been complied with, provided that the person claimed consents to an order for his extradition being made.

Article 10

(1) Documents which, in accordance with Article 9, accompany a request for extradition shall be admitted in evidence, if duly authenticated, in any extradition proceedings in the Requested State.

(2) Documents are duly authenticated for the purposes of this Treaty if:

- (a) in the case of warrants they are signed, and in any other case they are certified, by a Judge, Magistrate or other competent authority in the Requesting State, and
- (b) they are sealed with the official or public seal of the Requesting State or of a Minister of State, or a Department or officer of the Government, of the Requesting State

Article 11

(1) If the Requested State considers that the information furnished in support of the request for the extradition of a person claimed is not sufficient to fulfil the requirements of its law with respect to extradition, that State may request that additional information be furnished within such time as that State specifies.

(2) If the person claimed is under arrest and the additional information submitted as aforesaid is not sufficient or is not received within the time specified by the Requested State, he shall be discharged from custody, but such discharge shall not bar a subsequent request in respect of the same offence.

Article 12

(1) In case of urgency an application may be made for the provisional arrest of a person claimed pending the making of a request for the extradition of that person.

(2) The application shall be accompanied by:

- (a) a statement of intention to request the extradition of the person claimed;
- (b) a statement that a warrant for the arrest of the person claimed for an offence for which his extradition may be requested has been issued or that the person claimed has been convicted of such an offence; and

(c) a statement of the offence for which extradition will be requested, the time and place of its commission, and, to the extent possible, the description of the person sought.

(3) When such an application is made, all necessary steps shall be taken in the Requested State to secure the arrest of the person claimed. The Requesting State shall be informed without delay of the result of its application.

(4) If the Requested State has not received the request for the extradition of a person claimed within two months after his arrest he may be set at liberty but nothing in this paragraph prevents the institution of further proceedings for the purpose of the extradition of the person claimed.

Article 13

If extradition is requested concurrently by more than one State, either for the same offence or for different offences, the Requested State shall make its decision having regard to all the circumstances and especially the relative seriousness and place of commission of the offences, the respective dates of the requests, the nationality of the person claimed and the possibility of subsequent extradition to another State.

Article 14

(1) The Requested State shall promptly communicate to the Requesting State the decision on the request for extradition.

(2) The Requested State shall give the reasons for any complete or partial rejection of the request for extradition.

Article 15

The Requested State may postpone the extradition of a person claimed in order to prosecute him for an offence, other than an offence constituted by the act or omission for which his extradition is requested, or so that he may serve a sentence for such an offence, and shall advise the Requesting State accordingly.

Article 16

(1) Where extradition of a person claimed is granted, he shall be conveyed by the appropriate authorities in the Requested State to a port or airport in the territory of that State agreed between that State and the Requesting State.

(2) The date on which the person claimed is to be surrendered to the Requesting State shall be agreed between that State and the Requested State in conformity with the law of the Requested State.

Article 17

(1) To the extent that the law of the Requested State permits, any property that may be material as evidence in proving the offence for which the extradition of a person claimed is requested or that has been acquired by him directly or indirectly as a result of the offence shall, if the Requesting State so requests, be delivered up with the person claimed on his surrender.

(2) Any property so delivered shall be returned to the Requested State free of charge after the trial of the person extradited if that State so requests.

Article 18

(1) Subject to paragraph (3) of this Article, a person extradited under this Treaty shall not:

- (a) be detained or tried, or be subjected to any other restriction of his personal liberty, in the Requesting State for any offence committed before his extradition other than —
 - (i) an offence for which he was extradited or any other offence of which he could be convicted upon proof of the facts upon which the request for his extradition was based; or
 - (ii) any other extraditable offence in respect of which the Requested State consents to his being so detained or tried, or subjected to any other restriction of his personal liberty; or
- (b) be detained in the Requesting State for the purpose of his being extradited to a third State or be extradited to such a State unless the Requested State consents to his being so detained or extradited.

(2) A request for the consent of the Requested State under this Article shall be accompanied by the relevant documents mentioned in Article 9. Article 11 (1) shall apply *mutatis mutandis*.

(3) Paragraph (1) does not apply if the person extradited, having had an opportunity to leave the territory of the Requesting State, has not done so within forty-five days of his final discharge, or has returned to that territory after leaving it. A discharge on parole or probation without an order restricting the freedom of movement of the extradited person shall be deemed to be a final discharge.

Article 19

(1) Where a person:

- (a) is to be extradited for an offence by a third State to a Contracting Party through the territory of the other Contracting Party; and
- (b) could be extradited for that offence by the other Contracting Party to the first-mentioned Contracting Party under the conditions of this Treaty,

the other Contracting Party shall, upon request, permit the transit of that person through its territory.

(2) A request for transit shall be accompanied by.

- (a) a duly authenticated copy of the warrant or of a certificate proving the conviction of that person, issued in the Requesting State; and
- (b) if those documents do not specify the offence for which the person is to be surrendered, a document specifying the offence and setting out a summary statement of the facts.

(3) Permission for the transit of a person includes permission for the person during transit to be accompanied by a person nominated by the Contracting Party to which the first mentioned person is to be extradited.

Article 20

(1) Where:

- (a) a person who is to be extradited by a third State to a Contracting Party is proposed to be transported by aircraft over the territory of the other Contracting Party, without landing in that territory; and
- (b) the first-mentioned Contracting Party is of the opinion that, if the aircraft were to land in that territory, the transit of that person through that territory would be permitted under Article 19,

the first-mentioned Contracting Party shall notify the other Contracting Party of the proposed transport of the person and shall confirm to the other Contracting Party that, in its opinion, the transport would be in accordance with Article 19.

(2) In the event of an unscheduled landing in the territory of a Contracting Party of an aircraft carrying a person who is being so transported, that Contracting Party may permit the transit but otherwise shall cause the person to be held in custody pending receipt of a request for transit in pursuance of Article 19.

Article 21

(1) Communications between the Contracting Parties shall be conveyed through the diplomatic channel.

(2) An application under Article 12 may also be made by means of the facilities of the International Criminal Police Organization (Interpol).

Article 22

Any document that is sent from a Contracting Party to the other Contracting Party in accordance with this Treaty and is not in the language of the other Contracting Party shall be accompanied by a translation of the document into that language.

Article 23

Expenses arising from the transportation of a person claimed to the Requesting State shall be borne by that State. No other pecuniary claim arising from an extradition or a transit request shall be made by the Requested State against the Requesting State. The appropriate legal officers of the State in which the extradition proceedings take place shall, by all legal means within their power, assist the Requesting State before the competent judges and officers.

Article 24

Except where this Treaty otherwise provides, proceedings with regard to provisional arrest, extradition and transit shall be governed solely by the law of the Requested State.

Article 25

(1) A reference in this Treaty to the territory of a Contracting Party is a reference to all territory under its jurisdiction.

(2) A reference in this Treaty to the territory of a Contracting Party shall furthermore include its territorial waters and airspace and vessels and aircraft registered with the competent authority of that Contracting Party if such aircraft is in flight when the offence is committed. For the purpose of this Treaty an aircraft shall be considered to be in flight at any time from the moment when all its external doors are closed following embarkation until the moment when any such door is opened for disembarkation.

Article 26

This Treaty shall also apply to Land Berlin, provided that the Government of the Federal Republic of Germany does not make a contrary declaration to the Government of Australia within three months of the date of entry into force of this Treaty.

Article 27

This Treaty applies to offences committed before or after this Treaty enters into force.

Article 28

- (1) This Treaty is subject to ratification.
- (2) The instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Canberra.
- (3) This Treaty shall enter into force on the thirtieth day after the day on which the instruments of ratification are exchanged.
- (4) This Treaty may be terminated by notice in writing at any time and it shall cease to be in force on the one hundred and eightieth day after the date of the notice.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Treaty.

Done at Bonn on 14 April one thousand nine hundred and eighty seven in duplicate in the German and English languages, both texts being equally authentic.

For the Federal Republic of Germany:

Dr. JÜRGEN RUHFUS
HANS A. ENGELHARD

For Australia:

LIONEL BOWEN

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ D'EXTRADITION¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE ET L'AUSTRALIE

La République fédérale d'Allemagne et l'Australie,

Désirant régler d'un commun accord leurs relations dans le domaine de l'extradition,

Sont convenues de ce qui suit :

Article 1

(1) Les Parties contractantes s'engagent à extraditer vers l'autre, conformément aux dispositions énoncées dans le présent Traité, toute personne se trouvant sur le territoire d'une des Parties contractantes et qui est poursuivie ou a été condamnée au titre d'une infraction commise sur le territoire de l'autre Partie contractante.

(2) Si l'infraction a été commise en dehors du territoire de l'Etat requérant, l'Etat requis accorde l'extradition conformément aux dispositions du présent Traité si sa législation prévoit qu'une telle infraction commise dans des circonstances analogues est passible de sanctions pénales.

Article 2

(1) Les délits pouvant donner lieu à extradition aux termes du présent Traité sont ceux qui, au moment de la demande d'extradition, sont passibles, dans le droit des deux Parties contractantes, d'une peine d'emprisonnement ou d'une autre peine privative de liberté d'un an au moins ou d'une peine plus lourde. Lorsque la demande d'extradition concerne une personne condamnée pour un délit susceptible d'extradition et recherchée en vue de l'accomplissement d'une peine d'emprisonnement ou d'une autre peine privative de liberté, l'extradition n'est accordée que pour autant que la partie de la peine restant à accomplir s'élève à six mois au moins ou, dans le cas d'une extradition au titre de plusieurs délits susceptibles d'extradition en vue de l'exécution de plusieurs condamnations, pour autant que la somme des peines à accomplir s'élève à six mois au moins.

(2) Il n'est pas nécessaire, pour l'application du présent article, que la législation des Parties contractantes place les actions ou omissions qui constituent les circonstances factuelles du délit dans la même catégorie, ou que le délit relève d'une même notion ou de notions similaires.

(3) Pour déterminer si, au sens du présent article, un acte constitue un délit dans la législation des deux Parties contractantes, l'ensemble des actions ou omissions dont la personne dont l'extradition est requise est présumée l'auteur, est pris en compte sans référence aux circonstances factuelles du délit telles qu'elles sont définies dans la législation de l'Etat requérant.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} août 1990, soit le trentième jour ayant suivi la date de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Canberra le 2 juillet 1990, conformément au paragraphe 2 de l'article 28.

Article 3

(1) L'extradition n'est pas accordée

a) Lorsque le délit au titre duquel l'extradition est demandée est considéré par l'Etat requis comme un délit politique ou une infraction liée à un tel délit, ou

b) Lorsque l'Etat requis est fondé à penser que l'extradition est demandée dans le but de poursuivre ou de punir la personne poursuivie pour des motifs liés à sa race, sa religion, sa nationalité ou ses convictions politiques, ou que la personne pourrait, après son extradition, faire l'objet de discrimination ou de condamnation, de détention ou de limitation de sa liberté personnelle pour ces mêmes motifs.

(2) Aux termes du présent Traité, n'est pas considéré comme délit au sens de l'alinéa a du paragraphe 1 lettre a ci-dessus un meurtre, un enlèvement ou toute autre atteinte grave à l'intégrité physique ou à la liberté d'une personne dont la protection spéciale est requise des Parties contractantes ou de l'Etat requérant en vertu du droit international.

Article 4

(1) L'extradition n'est pas accordée

a) Lorsque la personne poursuivie a déjà fait l'objet d'un acquittement ou d'une condamnation par les autorités compétentes de l'Etat requis pour le délit au titre duquel l'extradition est demandée, ou

b) Lorsqu'une action intentée contre la personne poursuivie pour le délit au titre duquel l'extradition est demandée a été définitivement suspendue par les autorités compétentes de l'Etat requis après que la personne poursuivie a satisfait aux obligations et aux ordres qui lui ont été intimés.

(2) L'extradition peut être refusée lorsque la personne poursuivie a déjà fait l'objet d'un acquittement ou d'une condamnation par les autorités compétentes d'un Etat tiers pour le délit au titre duquel l'extradition est demandée.

(3) L'extradition peut être refusée lorsque la personne poursuivie fait l'objet de poursuites dans l'Etat requis du chef du même délit que celui au titre duquel l'extradition est demandée.

(4) Sous réserve de l'alinéa 1 du paragraphe 1 ci-dessus, la décision des autorités compétentes de l'Etat requis de ne pas intenter d'action contre la personne poursuivie pour un délit ou de suspendre une action déjà intentée ne fait pas obstacle à l'extradition au titre dudit délit.

Article 5

(1) Une loi d'amnistie de l'Etat requis ne fait pas obstacle à l'extradition lorsque le délit au titre duquel l'extradition est demandée ne relève pas de la juridiction de cet Etat.

(2) Les poursuites ou l'exécution de la sentence sont frappées de prescription au titre de la législation de l'Etat requis ne constitue pas un obstacle.

Article 6

(1) Les Parties contractantes ne sont pas tenues d'extrader leurs propres ressortissants. L'autorité administrative compétente de l'Etat requis est toutefois en droit d'accorder l'extradition d'un de ses ressortissants si elle le juge souhaitable et si la législation de l'Etat requis ne s'y oppose pas.

(2) L'Etat requis prend toutes les mesures légalement autorisées en vue de suspendre la procédure de naturalisation de la personne poursuivie jusqu'à ce qu'une décision soit prise au sujet de son extradition et, si ladite extradition est accordée, jusqu'à la remise de ladite personne.

(3) Si, dans un cas précis, l'Etat requis n'extrade pas son ressortissant, il soumet l'affaire à ses autorités compétentes à la demande de l'Etat requérant, pour que des poursuites puissent être intentées si besoin. Si l'Etat requis demande un supplément de preuve ou d'information, celui-ci doit lui être fourni à titre gracieux. L'Etat requérant est tenu informé de la suite donnée à sa requête.

Article 7

L'obligation d'extrader n'est pas affectée par l'absence de plainte du préjudicié ou d'autorisation de poursuivre, si ladite plainte ou autorisation est exigée par la législation de l'Etat requis.

Article 8

L'extradition peut être refusée si l'infraction au titre de laquelle elle est demandée est passible de la peine capitale en vertu de la législation de l'Etat requérant et si la législation de l'Etat requis ne prévoit pas ladite peine en pareil cas, à moins que l'Etat requérant ne donne à l'Etat requis, à sa satisfaction, l'assurance que la peine de mort ne sera pas imposée ou, si elle l'est, ne sera pas exécutée.

Article 9

(1) La demande d'extradition d'une personne poursuivie est formulée par écrit. Toutes les pièces communiquées en vue de justifier la demande d'extradition sont dûment certifiées conformes.

(2) La demande d'extradition est accompagnée

a) De tous les renseignements disponibles sur l'identité et la nationalité de la personne poursuivie;

b) Du texte des dispositions légales éventuelles applicables à l'infraction ou de la description du droit applicable et, en tout cas, de la description de la peine encourue.

(3) La demande d'extradition préalable à la poursuite est, outre des documents visés au paragraphe 2, accompagnée d'un mandat d'arrêt délivré contre la personne poursuivie ou d'une copie dudit mandat, d'une description de l'ensemble des délits pour lesquels ladite personne est poursuivie et d'une description des actions ou omissions mises à sa charge dans le cadre de ces délits.

(4) La demande d'extradition préalable à l'exécution d'une sentence est accompagnée, outre des documents visés au paragraphe 2, d'une description succincte des faits de la cause pour autant que ceux-ci ne ressortent pas des autres documents, des documents attestant le caractère définitif de la condamnation ainsi que d'une attestation relative au caractère immédiatement exécutoire de la sentence et à la partie de la sentence non encore exécutée.

(5) L'extradition d'une personne poursuivie conformément aux dispositions du présent Traité peut être accordée lorsque les conditions des paragraphes 1 à 4 ci-dessus ne sont pas remplies, sous réserve du consentement de la personne concernée.

Article 10

(1) Les documents joints à la demande d'extradition conformément à l'article 9, s'ils sont dûment authentifiés, sont recevables en preuve dans toute procédure d'extradition dans l'Etat requis.

(2) Sont réputés dûment authentifiés, au sens du présent Traité, les documents

a) Signés par un juge, un fonctionnaire ou une autre autorité compétente de l'Etat requérant dans le cas de mandats d'arrêt, ou certifiés conformes par eux dans tous les autres cas;

b) Portant le sceau officiel ou public de l'Etat requérant, d'un de ses ministres, d'un ministère ou d'un fonctionnaire du Gouvernement de l'Etat requérant.

Article 11

(1) Si l'Etat requis estime que les informations à l'appui d'une demande d'extradition ne répondent pas aux exigences de sa législation en matière d'extradition, il est en droit de demander la communication d'informations complémentaires dans un délai qu'il fixe à sa discrétion.

(2) Si la personne poursuivie est en état de détention et si les informations complémentaires ci-dessus sont insuffisantes ou communiquées en dehors du délai fixé par l'Etat requis, la personne poursuivie est libérée, sans préjudice d'une nouvelle demande d'extradition concernant le même délit.

Article 12

(1) En cas d'urgence, l'Etat requérant peut demander l'arrestation provisoire de la personne poursuivie dans l'attente de l'introduction d'une demande d'extradition.

(2) Il y a lieu de joindre à la demande visée au paragraphe 1 :

a) Une déclaration d'intention d'introduction d'une demande d'extradition;

b) Une déclaration attestant la délivrance d'un mandat d'arrêt contre la personne poursuivie au titre d'un délit susceptible d'extradition, ou une attestation de la condamnation de ladite personne pour un délit de ce type;

c) Une attestation relative au délit au titre duquel l'extradition sera demandée, du moment et du lieu de celui-ci et, si possible, un signalement de la personne recherchée.

(3) Lorsqu'une demande d'arrestation provisoire est formulée, l'Etat requis prend toutes les mesures requises en vue de garantir l'arrestation de la personne poursuivie. Il informe sans délai l'Etat requérant de la suite réservée à sa demande.

(4) La personne poursuivie peut être relaxée si la demande d'extradition qui la concerne n'a pas été transmise à l'Etat requis dans les deux mois de l'arrestation. Toutefois, les dispositions du présent paragraphe ne font pas obstacle à l'ouverture d'une nouvelle procédure d'extradition de la personne recherchée.

Article 13

En cas de demandes concomitantes d'extradition par plusieurs Etats pour les mêmes délits ou des délits différents, l'Etat requis statue en tenant compte de l'ensemble des circonstances, en particulier du degré de gravité des délits, du lieu où ils

ont été commis, de la date des demandes d'extradition, de la nationalité de la personne poursuivie et de la possibilité d'une extradition ultérieure vers un autre Etat.

Article 14

(1) L'Etat requis communique dans les meilleurs délais à l'Etat requérant sa décision sur la demande d'extradition.

(2) Tout rejet total ou partiel de la demande d'extradition doit être motivé.

Article 15

L'Etat requis peut ajourner l'extradition d'une personne poursuivie afin de la poursuivre pour un autre délit que celui au titre duquel la demande d'extradition a été formulée ou d'exécuter une sentence relative audit délit. Il en informe l'Etat requérant.

Article 16

(1) Lorsque l'extradition d'une personne poursuivie est accordée, les autorités compétentes de l'Etat requis conduisent celle-ci dans un port ou un aéroport du territoire de l'Etat requérant convenu avec celui-ci.

(2) L'Etat requérant et l'Etat requis conviennent du moment de la remise d'une personne poursuivie à l'Etat requérant, conformément à la législation de l'Etat requis.

Article 17

(1) Si la législation de l'Etat requis le permet, tous les objets pouvant servir de preuve du délit au titre duquel l'extradition est accordée ou que la personne poursuivie a acquis directement ou indirectement du fait dudit délit sont remis, à la demande de l'Etat requérant, en même temps que la personne poursuivie.

(2) A l'issue de la procédure ouverte contre l'extradé, tous les biens remis sont restitués à titre gracieux à l'Etat requis s'il en fait la demande.

Article 18

(1) Sous réserve du paragraphe 3 du présent article, une personne extradée aux termes du présent Traité ne peut

a) Etre arrêtée, attraitée en justice ou subir toute autre limitation de sa liberté pour un délit commis avant l'extradition, si ce n'est

i) Pour le délit qui a donné lieu à l'extradition ou pour un autre délit pour lequel elle pourrait être condamnée au cas où les faits sur lesquels se fonde la demande d'extradition seraient démontrés;

ii) Pour un autre délit susceptible d'extradition pour lequel l'Etat requis a consenti à ce qu'elle soit arrêtée, attraitée en justice ou soumise à toute autre limitation de sa liberté;

b) Etre arrêtée dans l'Etat requérant en vue de son extradition vers un Etat tiers ou être extradée vers celui-ci, sauf consentement de l'Etat requis.

(2) La demande de consentement de l'Etat requis au titre du présent article est accompagnée des documents pertinents visés à l'article 9. L'article 11 paragraphe 1 s'applique *mutatis mutandis*.

(3) Le paragraphe 1 du présent article n'est pas applicable lorsque l'extradé, bien qu'il en ait eu la possibilité, n'a pas quitté le territoire de l'Etat requérant dans les 45 jours de sa libération définitive ou lorsqu'il a réintégré ledit territoire après l'avoir quitté. La libération conditionnelle sans mesure de restriction de la liberté de mouvement vaut libération définitive.

Article 19

(1) L'Etat de transit consent au transit d'une personne par son territoire lorsque celle-ci

a) Doit, en raison d'un délit, être extradée par un Etat tiers vers l'une des Parties contractantes et transiter par le territoire de l'autre Partie contractante et

b) Pourrait, aux termes du présent Traité, être extradée du chef dudit délit par cette Partie contractante vers l'autre Partie contractante.

(2) La demande de transit est accompagnée

a) D'une expédition certifiée conforme du mandat d'arrêt ou d'une attestation de la condamnation de la personne poursuivie établie dans l'Etat requérant et

b) Au cas où ces documents ne décrivent pas le délit au titre duquel le transit de la personne poursuivie est demandé, d'un document décrivant ce délit et d'un résumé des faits.

(3) Par son consentement au transit, l'Etat requis consent à ce que la personne extradée soit accompagnée, pendant le transit, d'une personne désignée par la Partie contractante vers laquelle l'extradition a lieu.

Article 20

(1) Lorsque :

a) Une personne doit être extradée d'un Etat tiers vers l'une des Parties contractantes et franchir sans escale l'espace aérien de l'autre Partie contractante et que

b) La première Partie contractante estime qu'aux termes de l'article 19, elle consentirait au transit de ladite personne en cas d'escale sur le territoire de l'autre Partie contractante,

la première Partie contractante notifie le transit prévu à l'autre Partie contractante et lui confirme qu'elle juge celui-ci compatible avec l'article 19.

(2) En cas d'escale imprévue de l'aéronef transportant l'extradé sur le territoire de l'une des Parties contractantes, celle-ci peut soit consentir au transit, soit maintenir la personne poursuivie en détention dans l'attente d'une demande de transit conforme à l'article 19.

Article 21

(1) L'échange de documents entre les Parties contractantes se fait par la voie diplomatique.

(2) La demande visée à l'article 12 peut également être transmise par l'intermédiaire de l'Organisation internationale de police criminelle (Interpol).

Article 22

Tout document transmis par l'une des Parties contractantes à l'autre en application du présent Traité et non établi dans la langue de celle-ci est accompagné d'une traduction dans cette langue.

Article 23

Les frais consécutifs au transport d'une personne poursuivie vers l'Etat requérant sont à la charge de cet Etat. L'Etat requis ne demande à l'Etat requérant aucun autre dédommagement en rapport avec une demande d'extradition ou de transit. Les magistrats compétents de l'Etat où se déroule la procédure d'extradition assistent l'Etat requérant, par tous les moyens juridiques en leur pouvoir, auprès des juges et magistrats compétents.

Article 24

Sauf disposition contraire du présent Traité, les procédures d'arrestation provisoire, d'extradition et de transit sont régies par le seul droit de l'Etat requis.

Article 25

(1) Dans le présent Traité, toute mention du territoire de l'une des Parties contractantes s'entend de tout le territoire relevant de sa juridiction.

(2) En outre, toute référence au territoire d'une Partie contractante inclut son espace aérien ainsi que les navires et aéronefs enregistrés auprès de l'autorité compétente de ladite Partie contractante, si ces aéronefs étaient en vol au moment où le délit a été commis. Au sens du présent Traité, un aéronef est réputé en vol entre la fermeture de l'ensemble de ses portes extérieures après l'embarquement et l'ouverture d'une de ces portes avant le débarquement.

Article 26

Le présent Traité s'applique également au *Land Berlin*, sauf si le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne déclare le contraire au Gouvernement de l'Australie dans les trois mois suivant l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 27

Le présent Traité s'applique aux délits commis avant ou après son entrée en vigueur.

Article 28

- (1) Le présent Traité est soumis à ratification.
- (2) Les instruments de ratification sont échangés à Canberra dans les meilleurs délais.
- (3) Le présent Traité prend effet dans les 30 jours suivant l'échange des instruments de ratification.
- (4) Le présent Traité peut être dénoncé à tout moment par écrit. Il devient caduc le cent quatre-vingtième jour qui suit la dénonciation.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment habilités à cet effet par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Traité.

FAIT en deux exemplaires à Ottawa le 14 avril 1987, en allemand et en anglais, chaque texte faisant également foi.

Pour la République fédérale d'Allemagne :

JÜRGEN RUHFUS
HANS A. ENGELHARD

Pour l'Australie :

LIONEL BOWEN
